



## Antrag

Fraktion AfD

### **Nitratmessstellennetz überprüfen, korrigieren und ausbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass es erhebliche Kritik am Nitratmessstellennetz des Landes gibt. Vorrangig werden die Anzahl der Messstellen, die Vergleichbarkeit der Messdaten und vor allem die Rückschlüsse auf die Verursacher diskutiert.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf:
  1. Das vorhandene Nitratmessstellennetz grundsätzlich zu überprüfen. Dabei ist jede Messstelle auf die technische Funktionalität, die Faktoren, die den Messstandort und den Aussagewert der Messwerte beeinflussen, sowie den Aussagewert für den entsprechenden Grundwasserkörper hin zu kontrollieren.
  2. Alle Messergebnisse dahingehend zu evaluieren und zu bewerten sowie wenn erforderlich, zu validieren, dass historische von aktuellen Nitrat-Ereignissen definitiv getrennt werden können.
  3. Das Messstellennetz repräsentativ entsprechend der Flächen und Grundwasserkörper zu erweitern. Dabei sollen neue Messstellen errichtet werden, die dem aktuellen Stand der Technik entsprechen und über eine standardisierte Messmethodik valide und vergleichbare Daten ermitteln.
  4. Für die Überprüfung und Erweiterung des Nitratmessstellennetzes umgehend entsprechende Haushaltsgelder bereitzustellen.
  5. Das Vorgehen hat transparent und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit zu erfolgen. Dem würde ein entsprechendes öffentliches „Nitrat-Meldeportal“, wie in Rheinland-Pfalz bereits erfolgreich umgesetzt, Rechnung tragen.
  6. Aufgrund der erforderlichen Evaluierungszeit und den daraus resultierenden notwendigen neuen Bewertungen soll sich die Landesregierung dafür ein-

(Ausgegeben am 01.07.2020)

setzen, dass die neuen Maßnahmen in den „roten Gebieten“ (ab 01.01.2021) vorerst ausgesetzt werden, bis neue valide Ergebnisse vorliegen.

7. Außerdem soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Länder auf der Basis von bundeseinheitlichen Messmethoden und Messstellenausweisungen agieren und zudem ein einheitliches statistisches Betrachtungsverfahren für den Vergleich der Messwerte angewandt wird, das auch innerhalb der Auswertungen in der EU vergleichbar ist und besteht.

## **Begründung**

Die Kritik am Nitratmessstellennetz wird von den Landwirten anhaltend und fast flächendeckend in ganz Deutschland geäußert. Daher forderte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bereits im Januar 2020 ihre Kabinettskollegin Svenja Schulze auf, den Vorwürfen und der Kritik der Bauern am Nitratmessstellennetz nachzugehen und bundeseinheitliche Messmethoden und Bewertungsmaßstäbe aufzustellen. Vor allem müsse mit den Ländern Transparenz bei den deutschen Messstellennetzen geschaffen werden. Die Möglichkeit der EU, eine stärker differenzierte Ausweisung der belasteten Gebiete vorzunehmen („Binnendifferenzierung“), sei zudem zu nutzen. Vor allem sind verursachergerechte Lösungen anzustreben.

Das Umweltministerium sieht hier allerdings die Länder in der Pflicht, die differenziert vorgehen. Baden-Württemberg und Brandenburg fordern weiterhin bundeseinheitliche Kriterien sowohl für eine Überprüfung als auch für die Durchführung der Messungen. Sachsen überprüft die Kritik hinsichtlich der Funktionalität einzelner Messstellen und betrachtet dies als Daueraufgabe für das gesamte Messstellennetz. Rheinland-Pfalz hat mit einem öffentlich einsehbareren Meldeportal reagiert, über das Landwirte, nach definierten Vorgaben, ihre Kritiken zu einzelnen Messstellen vorbringen können, d. h. alle Messstellen sollen überprüft werden.

Insgesamt werden 280 Messstellen in Nordrhein-Westfalen überprüft. Zusätzlich sind weitere 200 geplant. Bauliche Mängel an den Brunnen, Ablagerungen und Lufteintrag an Filtern waren bei den ersten Überprüfungen feststellbar. Mecklenburg-Vorpommern richtet - nach bereits erfolgter Erweiterung des Messnetzes - knapp 50 weitere Messstellen bis 2024 ein.

Erste neutrale Überprüfungen von z. T. noch nicht veröffentlichten Gutachten in Niedersachsen stellen bereits erhebliche Mängel bei einer Vielzahl von Messstellen fest. Generell sollen alle überprüft werden.

Schleswig-Holstein argumentiert im Nährstoffbericht 2020 nur mit den erhöhten Nitrat-Messwerten bis 2017, da die trockenen Jahre 2018 und 2019 das Messergebnis - aufgrund des extremen Wassermangels - erheblich beeinflussen. Änderungen im Messstellennetz sind nicht erforderlich. Dies stellten auch Bremen und das Saarland fest.

Im niedersächsischen 7. Nährstoffbericht ist ein erheblicher Rückgang des Mineraldüngereinsatzes zu verzeichnen, und zwar aufgrund der Trockenheit 2018/2019. Für

2020 ist diese Menge noch weiter zurückgegangen, da die Landwirte mit erneuter Trockenheit rechnen. Unterschiedliche Betrachtungszeiträume und Bewertungen liefern also auch weiterhin unterschiedliche Ergebnisse zwischen den Ländern.

Im Vergleich zu den benannten Beispielen und Aussagen der Länder blieb das Vorgehen in Sachsen-Anhalt unklar, da weder Aussage noch Position veröffentlicht wurden. Allerdings offenbarte eine von den Koalitionsparteien erarbeitete „Stellungnahme des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Messstellennetz für Nitrat im Grundwasser“, die während der 50. Sitzung des LAN-Ausschusses als Tischvorlage zur schnellen Abstimmung präsentiert wurde, für Sachsen-Anhalt erhebliche Kritik und Mängel an den Messstellen. So wurden eine Vielzahl von natürlichen und anthropogenen Faktoren aufgezählt, die erhöhte Nitratwerte verursachen und die nach Analysen Betroffener zu einzelnen Messstellen erhebliche Zweifel an deren Aussagekraft aufwerfen. Zudem sind vielerorts historische Nitratschäden im Grundwasser bekannt, die nicht von aktuellen Ereignissen sauber getrennt werden können.

Rückschlüsse auf einzelne Verursacher und das Düngeverhalten sind zudem nicht möglich. Zur Messmethodik und damit der Vergleichbarkeit der Messdaten wurde erhebliche Kritik geäußert.

Die Stellungnahme wurde aufgrund der hastigen Verfahrensweise und der Brisanz in den Auswirkungen einheitlich von der Opposition abgelehnt. Hier muss das Parlament über Vorgehensweise, Zeitraum und vor allem aufgrund der fehlenden Finanzierung mitbestimmen und eine klare Position für das Land festlegen. Dem soll dieser Antrag Rechnung tragen.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender